

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringergeld 8.— Mk., bei Selbstabholung 5,50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1,90 Mk., bei Platzordr. 2,30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1,70 Mk., Reklame-Kolonelle 7,50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Eine einheitliche Aktion gegen den Steuerraubzug?

Uneinigkeit unter den Regierungsparteien.

Berlin, 23. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Zu den Vorlagen über die Besitzsteuern, die von der Regierung vor einigen Tagen der Öffentlichkeit übergeben worden sind, schreibt die Freiheit: Solche Art von Steuerreform ist sozial unmöglich, weil auch die Gemäßigten und Geduldsten innerhalb der Arbeiterschaft es nicht ertragen können, daß durch eine Häufung indirekter Steuern die Lebenshaltung der Massen so stark verteuert wird, während der Besitz außerordentlich geholt wird. Diese Steuerreform ist aber auch finanziell unmöglich, weil sie den obersten Zweck, die Herstellung des Gleichgewichts, die Stilllegung der Notenpresse und damit die Verhinderung des weiteren Verfalls des Staatshaushalts und der automatischen Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Masse nicht erreichen kann. Deshalb erfüllt die Arbeiterschaft nicht nur eine Pflicht gegen sich selbst, sondern auch die augenblicklich wichtigste staatspolitische Aufgabe — denn sie ist die Sanierung der Finanzen — wenn sie dieser Steuermaßnahme den stärksten Widerstand entgegensetzt. Dieser Widerstand kann nur erfolgreich sein, wenn er von der gesamten Arbeiter- und Angestelltenchaft getragen wird, und deshalb begrüßen wir es, daß auch die Rechtssozialisten diese Steuerprojekte ablehnen und den Kampf um die Erfassung der Goldwerte anführen.

Der Bezirksparteitag der Rechtssozialisten für Brandenburg hat am Montag eine Resolution angenommen, wonach die von der Regierung vorgeschlagenen Steuern in dieser Art für die Sozialdemokratische Partei unannehmbar seien. Wenn die Regierung daran festhält, wird sie Neuwahlen des Reichstags verlangen. Die Freiheit schreibt dazu: Diese Resolution hält der rechtssozialistischen Partei die Stellung zu den indirekten Steuern offen. Die Partei hat auch bei den letzten Finanzreformen einer Anzahl indirekter Steuern zugestimmt. Auch ist es sicher ein merkwürdiger Zustand, daß die Partei in scharfer Weise gegen das Steuerprogramm einer Regierung den Kampf ansetzen muß, in der sie selbst möglicherweise Vertreter hat. Aber das wichtigste ist, daß die Partei die Erfassung der Goldwerte, die wir vom Beginn der Steuerdebatte an als wichtigste Forderung erhoben hatten, als unerlässliche Bedingung aufstellt, denn damit ist die Möglichkeit einer einheitlichen Aktion der gesamten Arbeiter- und Angestelltenchaft und ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gegeben. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei wird jeder Zeit ihre ganze Kraft einsetzen, um diesen Kampf mit aller Energie durchzuführen.

Die Volksische Zeitung schreibt zu der Resolution der Rechtssozialisten: Wenn der Wunsch des Brandenburgischen Bezirksparteitags erfüllt werden soll, so muß entweder die Majorität der Regierung sich, da ein plötzlicher grundlegender Wechsel ihrer Anschauungen doch wohl kaum zu erwarten steht, der Widerheit unterwerfen, oder diese Regierung muß, ohne äußerlich ihre bisherige parlamentarische Basis verloren zu haben, Neuwahlen auslösen und organisieren, die sich gegen sie selber richten. Man wird zugeben, daß beides vom Standpunkt des demokratischen Parlamentarismus ungewöhnlich ist. Zum Kampf innerhalb des Kabinetts war Zeit, solange keine Beschlüsse vorlagen. Nachdem die Entscheidung gefallen ist, gibt es für eine Regierungspartei keinen andern Weg, als entweder Regierungspartei zu bleiben und die gesamte Regierung zu beden, oder in offene Opposition überzugehen. So ist es wenigstens im parlamentarischen Staat üblich und notwendig. Aber die heutigen deutschen Regierungsparteien machen ja leider auch jetzt noch gern von dem Recht der Verantwortunglosigkeit Gebrauch, dessen sie sich im Obrigkeitstaate erheben dürfen, wo man von Fall zu Fall je nach der agitatorischen Bedeutung der Abstimmung und der Gegenleistung von oben regierungstreu oder oppositionell stimmt. . . Die Frage der Reparation kann nicht dadurch geklärt und bewältigt werden, daß man durch Schlagworte, die das Wesen der Dinge verhüllen, die Gegensätze bis zum äußersten aufspießt und Entscheidungen, die das gründlichste und sachlichste Verständnis erfordern, durch die Entscheidung der Massen bestimmen läßt, die vorher gestillt aufgehört werden.

Eröffnung des Parteitag der KPD.

Jena, 22. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Mit Reges Spiel und Gesang der Internationale wurde der Parteitag der Kommunisten mit einstündiger Verspätung stimmungsvoll eröffnet. So wurde den Zuhörern wenigstens zu Anfang ein Bild der Einmütigkeit geboten. Stöcker spielte in der Eröffnungsrede nicht mit großen Worten. Nach ihm ist die Partei in den drei Jahren seit dem Gründungsparlament zur einzigen Kampffront zusammengewachsen, und allen rief Stöcker die Folie, wenn auch nicht ganz überzeugende Versicherung zu, daß es niemanden gelingen werde, diese Einheit zu zerstören. Die KPD ist nach ihm die einzige revolutionäre und die das Proletariat führende Partei. Immerhin gibt er

zu, daß die Märzaktion eine Niederlage war und die inneren Auseinandersetzungen die Werkkraft geschwächt haben. Interessanter als diese Rede ist ein Aufruf der kommunistischen Moskauer Exekutive in der roten Fahne, der heftig gegen die „Linke“ loszieht und in dem gesagt wird, daß bei ihr jedes Wort ein Verstoß oder eine leere Phrase ist. Gegen Lewi und die Leviten wird nicht minder kräftig losgeschlagen. Dann aber werden die aktuellen Aufgaben der Partei und damit ein Steuerprogramm entwickelt, das das der USPD ist, nur verschleiert durch unmögliche Steigerung einzelner Forderungen. Die ungläubigste ist darunter, daß nicht nur die Arbeiter, sondern alle jene, die am Krieg als gemeine Soldaten teilgenommen haben, von jedweder Steuer befreit sein sollen, was den gefälligen deutschen Bauern und so manchem Kapitalisten und Schieber aus der Seele gesprochen sein wird. — Es folgen Begrüßungsansprachen. Darunter eine des Vertreters der roten Gewerkschaftsinternationale der den alten Schwindel von den 16 Millionen Mitgliedern und Anhängern der Moskauer Gewerkschaftsinternationale reproduziert.

Da der Vertreter der kommunistischen Internationale noch nicht da ist, wird der oben erwähnte Aufruf der Moskauer Exekutive verlesen und hinterher ein Brief Lenins an den Parteitag, ebensolche beide langatmigen Kundgebungen schon in der auf dem Parteitag verteilten kommunistischen Presse vorliegen. Lenins Brief ist eine eindringliche Predigt der Einigkeit. Er schließt mit dem Wunsch, daß der Parteitag „endgültig mit fester Hand mit dem kleinen Kampf gegen die Abgesplitterten von links und von rechts“ aufräume. „Genug mit den innerpolitischen Streitigkeiten“ und rät, die Polemik gegen die KPD und Lewi in der Tagespresse einzustellen, um keine Klänge für sie zu machen, die sie wünschen. Der Brief enthält aber auch eine scharfe Polemik gegen Nabel und gegen die Linke, die den Kampf gegen den Zentrismus überträgt. Lewi wird gegen den Vorwurf des Menschewismus angeklagt; seine Kritik an der Märzaktion sei zu einem großen Teil berechtigt gewesen — aber er habe den Kopf verloren, als er seine Kritik veröffentlichte und deshalb mit Recht ausgeschlossen. Sein Ausschluß ist also nach Lenin nur wegen Disziplinbruchs erfolgt. Lenins Brief ist eine ausgesprochene Kundgebung gegen die Offensivtheorie.

So ist erklärlich, daß sofort nach diesen Verlesungen die Gegenstände in einer heftigen Geschäftsordnungsdebatte explodieren; eine Seite fordert die Verlesung eines Briefes Nabels an den Parteitag, der in der roten Fahne nur im Auszug erschienen ist. Der Vorsitzende erklärt, daß der Brief nicht vorhanden sei, da die Zentrale ihn in die Druckerei gegeben habe; er werde als Brochüre noch im Laufe der Verhandlungen erscheinen. Diese Aufführung wird mit heftigem Protest und Geschrei aufgenommen. (Schleier! Schleier!) Nach mehreren aufgeregten Reden und mitsingenden Versuchen Nabels, die Sache abzuwürgen, wird endlich beschlossen, daß die Zentrale den Brief Nabels „mit allen Mitteln“ herbeischaffen soll.

Die Vertreter der kommunistischen Seiten Norwegens, Dänemarks, Hollands, Luxemburgs und der Schweiz halten Begrüßungsreden, die alle in dem Wunsch ausfließen, daß die deutsche kommunistische Partei Massenpartei bleiben (besser werden) möge, da davon die Entwicklung der andern kommunistischen Parteien in hohem Maße abhängig sei.

Zum Schluß der Vormittags Sitzung erleidet die Zentrale noch eine Niederlage — gegen ihren Wunsch wird die Gewerkschaftsfrage als 4. Punkt auf die Tagesordnung gesetzt.

Ausschluß Kurt Gegers, Düwells und Waldemars.

Jena, 23. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Am gestrigen Nachmittag fand sich der Parteitag in einer einmütigen Kundgebung zusammen, in dem Hinauswurf Kurt Gegers, Düwells und Waldemars, die in dem eben eingetroffenen Heft 8 und 9 von Lenins Weg als Mitarbeiter fungieren. Die Zentrale hat wegen dieses Disziplinbruchs scheinbar den Ausschluß verfügt. Die große Mehrheit der Delegierten begrüßte das mit wütendem Gelächter und mit 263 Stimmen — 274 stimmberechtigte Delegierte sind neben 103 sonstigen Teilnehmern und Abgeordneten da — wird der Hinauswurf in namentlicher Abstimmung gutgeheißen. Nur 5 Delegierte, darunter der vor kurzem noch in der Opposition stehende Braß, stimmen unter dem Vorbehalt zu, daß die Angaben, womit Stöcker den Beschluß begründete, daß namentlich Gegers Artikel habe in der Internationale erscheinen sollen, zutreffend seien. Dagegen stimmte niemand und keine Stimme erhob sich zugunsten der „Verbrecher“. Ihre Freunde duckten sich und vertieften sie. Die Leviten sind auf dem Parteitage offenbar nur sehr schwach vertreten. — Klara Zeil und Adolf Hoffmann wollen scheinbar Frieden mit der Zentrale machen. Die Unversöhnlichen von der Linken sehen sauer dazu. Man munkelt von Ausschlußaktionen gegen die beiden. Die Linke ist offenbar sehr stark. Sie hat einen Antrag eingebracht, der energisch gegen eine Stelle des Aufrufs der Exekutive protestiert, wonach die Linke aus mehreren Schreibhässen besteht, bei denen jeder Satz ein Verstoß oder eine Phrase ist. Der Antrag trägt bereits die Unterschriften von Berlin, des Rheinlands, der Wasserlande, Thüringens und noch anderer wichtiger Gebiete mehr. Fabel, dessen Brief in einer wütenden Polemik gegen die Leviten und alle Opportunisten gipfelt, scheint von der Linken als neuer Schutzherr erwähnt zu sein, in Gegensatz zu Lenin, dessen scharfe Zurücksetzung der Offensivtheorie und teilweise Verteidigung Lenins die Unersöhnlichen verstimmt. Die Zentrale dürfte einen schweren Stand haben. Die Referate Hederts und Hertas Stürms, die nichts Neues, noch Aufregendes boten, sehen indes den Rest des Nachmittags friedlich verlaufen. Bemerkenswert an Hederts Rede war nur das Bestreben, die Kritik der Internationale an dem Märzputz abzuschwächen. Er versichert, daß die scharfe Verurteilung der Aktion durch Trotski vom Kongress nicht gebilligt worden sei.

Die Prinzen und die Marne.

(Zur Jahresfeier der Augusttage 1914.)

P. L. Die Arbeiterschaft ist während der ersten Kriegsjahre mit Nachrichten über die soldatischen Glanzleistungen der deutschen Offiziere und Mannschaften überfüllt worden. Die Öffentlichkeit konnte sich dabei, weil sie die Dinge nicht aus eigener Anschauung kennen lernte und es ihr an sachverständigem Wissen fehlte, kein eigenes Urteil erlauben; sie war auf das angewiesen, was ihr die höheren militärischen Kommandos mitteilen für gut befanden.

Inzwischen hat die militärische Kritik eingeseht. Alle Militär-schriftsteller bekunden noch immer, daß die Leistungen der Mannschaften (wir sehen hier von der politischen Seite ganz und gar ab) vom soldatischen Gesichtspunkte aus großartig und bewundernswürdig waren. Der preussische Drill befähigte sie, schier übermenschliche Kräfteanstrengungen zu vollbringen. Die Heeresführung aber, die 1914 ebenfalls im hellsten Lichte erstrahlte, wird jetzt von den sachverständigen Schriftstellern fast übereinstimmend als schlecht geschilbert. Generalmajor Baumgarten-Trustus spricht in seiner „Deutschen Heeresführung im Marnefeldzug 1914“ von „der menschlichen Anzulänglichkeit der an die entscheidende Stelle gehobenen Männer“. Der Zug durch Belgien im August 1914 wurde von den Armeeführern v. Kluck (erste Armee), v. Bülow (zweite Armee) und v. Hausen (dritte Armee, mit dem sächsischen Korps) ausgeführt. Daneben marschierte die vierte Armee des Herzogs Albrecht von Württemberg, die den kleineren Bogen durch Belgien machte. Ueber die Tätigkeit dieses Armeeführers während des Feldzugs 1914 sagt Baumgarten-Trustus: „Ein Rückblick auf den Marnefeldzug der deutschen 4. Armee führt zu der Feststellung, daß sie von Anfang bis zum Schluß das getan hat, was dem Feind zur Erfüllung seiner Aufgabe am wünschenswertesten war. Die Erstschlacht im Semoisbecken war ein Begegnungskampf großen Stils, in dem die überlegene Kampfgeistigkeit der deutschen Infanterie und die ausgezeichnete Friedensschulung der Unterführer den Sieg errangen, ehe Führungslinien des Armeekorps-Oberkommandos 4 überhaupt anheben konnte.“

Die Feldherrneigenschaften des preussischen Kronprinzen Wilhelm und des bairischen Kronprinzen Rupprecht hatte man von Anfang an offenbar noch schlecht eingeschätzt. Beiden wurde zunächst überhaupt kein Angriff (Offensive), sondern nur die Verteidigung (Defensive) übertragen. Wilhelm hielt mit der fünften Armee nördlich Metz, Rupprecht mit der sechsten Armee zwischen Metz und Straßburg. Den Raum südlich Straßburg bis zur Schweizer Grenze mit der lebhaften Mühlhauser Ecke bewachte die Heering mit der siebenten Armee.

Die Oberste Heeresleitung unter dem damaligen, während des Krieges verstorbenen Generalobersten v. Moltke vermochte den beiden Kronprinzen gegenüber nicht ihren Willen in einer dem operativen Gedanken voll entsprechenden Weise Geltung zu verschaffen — wie Oberstleutnant Foerster in seinem Buche „Großschlachten und der Weltkrieg“ bemerkt. Baumgarten-Trustus drückt es poetisch aus: „Der Angriffsdrang der Armeen und ihrer Führer war der verhängnisvollste Widerpart der Obersten Heeresleitung. Diesen vermochte sie nicht zu überwinden.“ Wilhelm und Rupprecht fügten sich der Obersten Heeresleitung nicht.

Rupprecht erhob als Führer der sechsten Armee Einspruch gegen die Fortsetzung des ihm zugeordneten Ausweichverfahrens. „Wo alles vorging, wollte auch er angreifen.“ Die Oberste Heeresleitung ließ es geschehen. So kam es vom 20. bis 21. August 1914 zu der damals angeblich so siegreichen Schlacht in Lothringen, die heute als zwecklos geschilbert wird, weil durch sie „die Kräfte der sechsten und siebenten Armee festgelegt wurden.“

Nun wollte auch Wilhelm mit seiner fünften Armee seinen eigenen Sieg haben; auch ihn ließ die Oberste Heeresleitung „wider seine bessere Einsicht einen vorstürmigen Angriff durchführen“ (Baumgarten-Trustus). Oberstleutnant Foerster teilt mit, daß die Oberste Heeresleitung habe dem Kronprinzen zunächst mitgeteilt, „daß für die fünfte Armee in dieser Lage die Verteidigung geboten sei. Indessen, so wenig sie einige Tage vorher dem Vorwärtsdrängen des bairischen Kronprinzen in Lothringen Jügel angelegt hatte, so wenig bestand sie jetzt auf der Innhaltung ihres Befehls.“ Einem Kronprinzen gegenüber war eben die Oberste Heeresleitung machtlos.

Das Abenteuer Wilhelms nahm indes ein schlimmes Ende. Für den 24. August befohl er seiner ganzen fünften Armee den Angriff; am Mittag des 25. August hatten die Franzosen seine Linie flanke eingebrochen, so daß er eine verzweifelte Botenschaft an die nachgeordneten Kommandostellen schickte, „wonach der Angriff auf der ganzen Front zusammenbrechen“. Es wurde dementsprechend der Rückzug angetreten; schließlich erkannte man aber, daß jene kronprinzliche Botenschaft falsch war, „vielmehr gemeint gewesen sei, der französische Widerstand breche auf der ganzen Front zusammen“. Es blieb aber bei dem Rückzuge des kronprinzlichen Heeres: „Durch die schwierigen Rückzugsbewegungen trat stellen-